

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.455.827

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)11438/J-NR/2022

Wien, am 23. August 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Lausch, Kolleginnen und Kollegen haben am 23. Juni 2022 unter der Nr. **11438/J-NR/2022** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Justizanstalten sowie die dazugehörigen Außenstellen und erneuerbare Energie“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Mit welchen Rohstoffen werden die einzelnen Justizanstalten (inkl. Außenstellen) geheizt?*

Verwiesen wird auf die angeschlossene Auflistung (Beilage A).

Zu den Fragen 2 und 3:

- *2. Wie hoch belaufen sich die Heizkosten und Stromkosten pro Justizanstalt (inkl. Außenstellen) für die letzten 5 Jahre? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren und nach Justizanstalten inkl. Außenstellen)*
- *3. Mussten Nachzahlungen durch JA's (inkl. Außenstellen) geleistet werden?*
 - a. *Wenn ja, wie hoch waren diese pro Jahr und Justizanstalt?*

Verwiesen wird auf die angeschlossene Auflistung (Beilage B) mit folgenden ergänzenden Erläuterungen:

Die Justizanstalt Korneuburg hat für das Jahr 2021 noch keine Betriebskostenabrechnung erhalten. Die Justizanstalt Asten ist erst seit 2019 eine eigenständige Justizanstalt, weshalb die Energiekosten in den Jahren zuvor über die Justizanstalt Linz abgerechnet wurden. Ein Minuszeichen bedeutet, dass keine Nachzahlung, sondern eine Gutschrift in Rechnung gestellt wurde.

Zur Frage 4:

- *Gibt es bereits Projekte um die Justizanstalten und die dazugehörigen Außenstellen auf erneuerbare Energie um zu stellen?*
 - a. *Wenn nein, warum nicht?*
 - b. *Wenn ja, bei welchen Justizanstalten ist geplant auf erneuerbare Energie umzustellen?*

Bisherige Errichtungen von Photovoltaikanlagen erfolgten zum Teil bereits in Kooperation mit den Energieeinsparcontracting-Partnern; dies in der

- Außenstelle Wilhelmshöhe,
- Justizanstalt Hirtenberg,
- Justizanstalt Graz-Karlau,
- Justizanstalt Sonnberg.

Zurzeit sind weitere diesbezügliche Ausbaumaßnahmen vorgesehen, nämlich in der

- Justizanstalt Graz-Karlau,
- Justizanstalt Stein,
- Justizanstalt Garsten.

Derzeit wird eine neue Contracting-Initiative angestrebt, um zusätzliche Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dächern von Justizanstalten aufzustellen. Hierfür müssen jedoch die baulichen und budgetären Voraussetzungen gegeben sein bzw. davor entsprechende kostenaufwändige Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Auch konnten bereits einige Justizanstalten, wie die Justizanstalt Sonnberg, Justizanstalt Göllersdorf, Außenstelle Münchendorf sowie die Außenstelle Rottenstein auf Hackschnitzel umgestellt werden.

Weiters wurde die Außenstelle Maria Lankowitz mit einer Biogasanlage ausgestattet.

Zu den Fragen 5 und 6:

- 5. Werden in Zukunft alle Justizanstalten und die dazugehörigen Außenstellen auf erneuerbare Energie umgestellt?
 - a. Wenn ja, in welchem Zeitraum werden diese Umbauten abgeschlossen sein?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 6. Wie hoch sind die Investitionskosten für eine Umrüstung auf erneuerbare Energie pro Justizanstalt inkl. Außenstellen?

Dort, wo es technisch und wirtschaftlich möglich ist, werden entsprechende Umstellungen im Rahmen der budgetären Gegebenheiten angestrebt. Der Umstieg auf erneuerbare Energien soll nach Möglichkeit weitestgehend erfolgen. Die Investitionskosten sind derzeit noch nicht abschätzbar.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

